

1. Welches sind die Projekte oder Initiativen, die Sie in der nächsten Legislaturperiode Ihrer Wahl als direkt gewählter Abgeordneter speziell für den Niederrhein anstreben?

Das Investitionsklima am Niederrhein hat sich seit 2005 deutlich verbessert. Ich engagiere mich weiterhin für die Abschaffung von Investitionshemmnissen und überflüssiger Bürokratie. Für mich ist die ideologiefreie Prüfung konkreter Projekte selbstverständlich; so dürfen der Bau des Steinkohlekraftwerks im Chempark Uerdingen oder die CO-Leitung von Dormagen nach Uerdingen nicht weiter gefährdet werden. Der Auf- und Ausbau der Hochschulen am Niederrhein ist ein zentraler Baustein der weiteren Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Ziel der Standortpolitik muss sein, den Absolventen am Niederrhein entsprechende Beschäftigungsperspektiven zu bieten.

2. Die Gewerbesteuer ist eine stark schwankende Steuer mit großen Unsicherheiten für die Kommunen und zugleich aus Unternehmersicht eine deutsche Sondersteuer. Wie stehen Sie zur Abschaffung der Gewerbesteuer und wie sichern Sie stabile Einnahmen für die Kommunen? (z. B. durch eine kommunale Gewinnsteuer mit Hebesatz oder einer höheren Beteiligung an der Einkommens- oder Umsatzsteuer)

Die FDP steht der Gewerbesteuer grundsätzlich kritisch gegenüber. Aufgrund ihrer Konjunkturabhängigkeit ist sie als kommunale Einnahmequelle unberechenbar und damit ein Risikofaktor für die Gemeindefinanzierung. Darüber hinaus ist die Gewerbesteuer ungerecht, weil sie lediglich von einem Teil der wirtschaftlich Tätigen gezahlt werden muss und für die Unternehmen in Deutschland einen gravierenden Wettbewerbsnachteil darstellt. Daher setzt sich die FDP für den Ersatz der Gewerbesteuer durch eine 'Kommunalsteuer' ein. Anstelle der Gewerbesteuer sollen die Städte und Gemeinden zukünftig einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftssteuer erhalten. Die Höhe dieses Zuschlags legen sie im Hebesatzverfahren selbst fest und behalten damit ihre steuerpolitische Unabhängigkeit. Darüber hinaus wird die bisherige fixe Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer abgeschafft. Zur Kompensation erhalten sie etwa 12 statt bisher 2,2 Prozent der Umsatzsteuer, die nach der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kommunen verteilt wird. Da die Unternehmen keine Gewerbesteuer mehr zahlen, kann die Körperschaftsteuer schließlich auf rund 32 Prozent angehoben werden.

3. Nordrhein-Westfalen hat ein leistungsstarkes Netzwerk von Industrie und Dienstleistung. Industrielle Großprojekte stoßen aber in NRW auf immer größere Widerstände. Was soll die künftige Landesregierung tun, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen konkurrenzfähig zu halten und um eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen?

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt Industrieland Nummer 1 in Deutschland. Wir haben uns in den vergangenen fünf Jahren für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes eingesetzt. Sei es grundsätzlich oder bei konkreten Projekten, wie der umstrittenen Bayer-CO-Pipeline oder dem Kraftwerksbau in Krefeld-Uerdingen und anderswo. Zum Industriestandort bekennen sich alle Parteien, der Lackmestest kommt aber dann, wenn es um die konkrete Umsetzung eines Projektes geht. Wir wollen, dass dies weiterhin möglich ist. Die Landesregierung hat daher bereits die Initiative Pro Industrie gestartet. Diese unterstützen wir ausdrücklich. Wir müssen die Menschen mitnehmen und ihnen die Vorteile einer industriebasierten Wissensgesellschaft näher bringen. Nur mit Dienstleistungen können wir in Deutschland unseren Wohlstand nicht halten. Das hat sich besonders jetzt in der Krise gezeigt. Wir wollen deshalb den Dialog Umwelt und Wirtschaft fortsetzen und intensivieren. Wir fordern aber auch von der Wirtschaft ein, dass sie auch den Menschen erklärt, warum ein konkretes Industrieprojekt notwendig ist. Wer die Menschen richtig informiert und Vertrauen aufbaut, der macht es interessierten Kreisen schwerer, Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

Wir sind als FDP sehr daran interessiert, eine ausgewogene Energiepolitik mit vielen Standbeinen zu schaffen. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit stehen dabei für uns im Fokus. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie ein. Zusätzlich wollen wir in NRW das Kraftwerkserneuerungsprogramm weiter umsetzen. Der Ersatz von alten Kohlemeilern durch neue hochmoderne Kraftwerkstechnologie ist ökonomisch wie ökologisch wichtig und richtig und spart bis 2020 31 Mio. t CO₂ ein. Die CCS-Technologie muss ebenfalls weiter erforscht und auf Anwendbarkeit getestet werden. Der sinnvolle Ausbau von Erneuerbaren Energien rundet diesen breiten Energiemix ab.

Klar ist, dass bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen Industrie- und Energiepolitik mit ideologischer Brille betrieben würde. Laufzeitverlängerungen würden im Bundesrat blockiert, das Kraftwerkserneuerungsprogramm würde ad acta gelegt und viele weitere konkrete Projekte, wie die CO-Pipeline und das geplante Kohlekraftwerk in Uerdingen, die für den Chemiestandort Krefeld-Uerdingen lebensnotwendig sind, gestoppt.

4. Die Neufassung des Landesentwicklungsplans steht an. Wie beurteilen Sie den Vorschlag, den Schwerpunkt der Gewerbeflächenausweisung an emissionsvorbelastete Hauptverkehrsachsen, also etwa an Autobahnen, zu legen?

Grundsätzlich ist die Ansiedlung an Hauptverkehrsachsen aus verschiedenen Gründen durchaus sinnvoll, weil damit emissionsbedingte Schutzabstände sich überlappen und so weniger Flächen mit Schutzfunktionen belegt werden. Durch die bereits bestehenden Emissionen mit einer höheren Akzeptanz zu rechnen als in Gebieten, in denen bislang weniger Geräuschemissionen zu verzeichnen waren. Außerdem hat die Nähe eines Gewerbegebietes zu Hauptverkehrsachsen zusätzlich den Vorteil, dass die logistische Anbindung gegeben ist. Insofern begrüßen wir den Vorschlag, dies nach Möglichkeit so zu handhaben. Eine generelle verbindliche Festlegung auf eine solche Gewerbeflächenausweisung ist aber nicht unser Ziel, da

der Bedarf in anderen Regionen durchaus auch gegeben ist. Daher muss es auch im Bedarfsfall weiter möglich sein, an anderen Stellen Gewerbegebiete auszuweisen.

5. Wie stehen Sie zu der Aussage, dass mit der rückläufigen Bevölkerung eine Verringerung der auszuweisenden Gewerbeflächen einhergehen sollte?

Die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, ist auf Wachstum angelegt. Dieses Wachstum gilt es auch in Zukunft, unter den zu erwartenden demografischen Bedingungen, weiter zu erhalten. Rückläufige Bevölkerung kann daher nicht der Maßstab für die auszuweisenden Gewerbeflächen sein. Wir stehen zu einer bedarfsgerechten Ausweisung. Das bedeutet aber auch, dass um Flächen zu schonen eventuell leer stehende Flächen und Lückenschlüsse einer Neuausweisung vorzuziehen sind. Langfristig streben wir ein zunehmendes abkoppeln von Wachstum und Flächenverbrauch an.

6. Wie beurteilen Sie interkommunale Gewerbegebiete? Wo sehen Sie Möglichkeiten der Umsetzung am Niederrhein?

Interkommunale Gewerbegebiete sind aus ökonomischer wie aus ökologischer Sicht sinnvoll. Die gemeinsame Nutzung bestehender Infrastruktur und kurze Wege der Zusammenarbeit ansässiger Firmen untereinander sind begrüßenswert und zu fördern. Im Zweifel muss regional orientierte sinnvolle Standortpolitik vor lokalem Kirchturmsdenken einzelner stehen. Nicht nur die Kommunen stehen im Wettbewerb untereinander, sondern vielmehr steht die gesamte Wirtschaftsregion Niederrhein im globalen Wettbewerb mit den angrenzenden Regionen.

Das grenzüberschreitende Projekt VeNeTe mit perspektivischer Ansiedlung von Gewerbe auf rund 770.000 qm Fläche ist hier beispielhaft für die Standortsicherung am Niederrhein. Gleiches gilt für die interkommunalen Flächen in Krefeld, Willich und Meerbusch, Grevenbroich und Neuss sowie die Flächen in Mönchengladbach und Jüchen. Bestehende Gewerbeflächen gilt es weiter zu verbinden um Investoren beste Rahmenbedingungen bieten zu können. Gewerbe und Dienstleistung profitieren so von idealen Standortfaktoren.

Interkommunale Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Gewerbeflächen erhöht die Akzeptanz bei den Bürgern und minimiert etwaige Konfliktpotentiale.

7. Die Straßengüterverkehrsbelastung wird weiterhin stark zunehmen. Unterstützen Sie den sechsspurigen Ausbau der A 57 im Bereich Krefeld? Bevorzugen Sie eine Tunnellösung oder reichen Ihnen aktuelle Lärmschutzwände?

Die vierstreifige A 57 ist als eine Hauptverkehrsader der Region mit dem derzeitigen Verkehrsaufkommen überfordert. Der sechsstreifige Ausbau der A 57 auf Krefelder Stadtgebiet ist dringend erforderlich. Nachdem in den vergangenen Jahren weite Strecken der A 57 ausgebaut worden sind, ist es nun mehr als zuvor dringlich, den weiteren Ausbau auf Krefelder Stadtgebiet voran zu treiben.

Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode weiterhin im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Leistungsfähigkeit der Trasse für den Ausbau in den

neuralgischen Bereichen in Tunnel-Trog-Lage aussprechen. Für die gesamte Region ist wichtig, dass es nun endlich zur Umsetzung kommt. Weitere Verzögerungen sind nicht hinnehmbar.

8. Sind Sie für eine Reaktivierung des Eisernen Rheins? Wenn ja, welche Trassenführung präferieren Sie? Unterstützen Sie den Vorschlag der Landesregierung mit einer Trasse entlang der A 52?

Mit Blick auf die dynamische Entwicklung des Güterverkehrs, insbesondere der Seehafenhinterlandverkehre braucht Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige und schnelle Schienengüterverbindung zum Antwerpen. Die FDP spricht sich deshalb für die Realisierung des Eisernen Rheins auf einer weitgehend neuen, anwohnerfreundlichen Trasse entlang der A 52 aus. Dabei sind insbesondere die hohen Sicherheitsanforderungen in der weltweiten Logistikkette und ÖPP-Modelle zu berücksichtigen, die eine grenzüberschreitende europäische Finanzierung ermöglichen. In Verbindung mit einem internationalen Logistikzentrums am Standort Elmt bestehen hier gewaltige Chancen für den Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen.

9. Als wichtigen Beitrag zur Entbürokratisierung hatte die Landesregierung angekündigt, nach Auflösung der vorhandenen Sonderbehörden drei Regionalpräsidien für das Ruhrgebiet, das Rheinland und für Westfalen zu schaffen. Wie stehen Sie zur Verwaltungsstrukturreform mit einem eigenen Regionalpräsidium für das Rheinland?

Die FDP hat sich in der laufenden Legislaturperiode erfolgreich dafür eingesetzt, bestehende Verwaltungsstrukturen leistungsfähiger und schlanker zu machen. Darüber hinaus konnten weit über hundert überflüssige Sonderbehörden aufgelöst und zahlreiche Landeseinrichtungen in die Bezirksregierungen eingegliedert werden. Hierdurch ließen sich Doppelzuständigkeiten abbauen und transparente Zuständigkeiten schaffen.

Bürokratieabbau heißt aber nicht, leistungsfähige, dezentrale Verwaltungen abzuschaffen, die auch für regionale Identität stehen. Die Bezirksregierungen haben sich im Rahmen des Reformprozesses bewährt. Deshalb hat für uns eine generelle Neuordnung der Regierungsbezirke in der kommenden Legislaturperiode keine Priorität. Umso mehr erwarten wir jedoch, dass sich die betreffenden Einrichtungen aktiv an weiteren Optimierungsmaßnahmen im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform beteiligen und sich konstruktiv in diesen Prozess einbringen.